Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postaufschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags: Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittlungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

H. Kumpert, Dresden-A., Waisenhausstr. 15.
Stets moderne und feine Neuheiten in allen Arten Hüten, Schirmen, Shlipsen, Handschuhen etc.
Schirmbezüge in 1 bis 2 Stunden.

Carl Eduard Pietsch
Aeltestes Spezial-Geschäft für Seidenwaaren.
Grösste Auswahl in Neuheiten.
Gegründet 1826.
Preise so billig, wie noch nie.
Seit 1872 nur Wilsdruffer Strasse 9.

WEIN-Handlung -Stuben ← Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Tuchwaaren.
Leichte elegante Anzugstoffe für Hochsommer und Reise. Einfarbige Cheviots in schwarz, braun, blau. Praktische Knaben-Anzugstoffe empfehlen in grösster Auswahl billigst
Friedr. Greiff & Sohn, Georgplatz 9.

Atelier für feine Corsets nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25. Teleph. A. I. 167.

Regenschirme in grösster Auswahl. Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.

Nr. 192. Spiegel: Nichtaufhebung des Jesuitengesetzes. Hofnachrichten, Gustav-Adolf-Vereinsjubiläum. Gesammtrathssitzung. Bundeskegelfest. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Evangelin-Vorstellungen. Lotterieliste. **Mittwoch, 11. Juli.**

Politisches.

Der Beschluß des Bundesrathes, dem Antrag der Reichstagsmehrheit auf Aufhebung des Jesuitengesetzes nicht stattzugeben, schafft eine schwere Beunruhigung aus der Welt, die in den Reihen der nationalgesinnten Parteien und besonders bei der Mehrheit des evangelischen Volkes Platz gegriffen hatte. Die reservirte neutrale Haltung, welche die Vertreter der verbündeten Regierungen bei den Reichstags-Berathungen über die Wiederzulassung der Jesuiten eingenommen hatten, ließ die Befürchtung aufkommen, daß man an leitender Stelle doch vielleicht der ultramontanen Forderung im vollen Umfange nachgeben könne. Die Reichstagsmehrheit, die sich für die Rückberufung des Jesuitenordens nach Deutschland ausgesprochen hatte, setzte sich allerdings aus denjenigen internationalen und antinationalen Parteigruppen zusammen, die von jeher die ausgesprochenen Gegner einer starken nationalen Reichspolitik gewesen sind. Aber das Maß von Willfährigkeit und Entgegenkommen, welches der Reichskanzler gegenüber den Polen, den Welfen und den Ultramontanen bereits an den Tag gelegt hat, schien die Möglichkeit nicht von vornherein auszuschließen, daß die Mehrheit des Bundesrathes sich zu Gunsten des Jesuitenantrages aussprechen könne. Daß der Bundesrath die Rückberufung des Jesuitenordens nicht gut geheißen hat, muß um so mehr mit Freuden begrüßt werden, als dies einstimmig geschehen ist. Diese Einmüthigkeit der verbündeten Regierungen ist geeignet, die wachsende Begehrlichkeit des Ultramontanismus ein wenig abzukühlen. Die nationale Stimmung ist doch noch stark genug, um eine der letzten Schranken aufrecht zu erhalten, die in den siebziger Jahren zur Abwehr der Machtansprüche der päpstlichen Hierarchie gezogen worden sind. Die durch den Bundesrath sanctionirte Wiederzulassung der Jesuiten würde eine zu offenbare Demüthigung des nationalen Gedankens vor dem internationalen Papstthum gewesen sein und zugleich ein Faustschlag gegen das ganze protestantische Deutschland. Denn der Jesuitenorden hat nachweislich den Zweck, die Protestanten zu vertilgen und die Welt-Herrschaft des römischen Papstes wieder herzustellen.

Sehr tragisch werden unsere ultramontanen Vorkämpfer des jesuitischen Papismus die Weigerung des Bundesrathes, die Jesuitenorden offiziell wieder zuzulassen, nicht nehmen. Der Jesuitenantrag wurde von jeher von dem Centrum hauptsächlich als ein wirksames Agitationsmittel zur Förderung der klerikalen Bestrebungen betrachtet, das sie vielleicht schmerzlich entbehren würden, wenn es ihnen aus den Händen genommen worden wäre. Wie kräftig der ablehnende Beschluß der verbündeten Regierungen zur Schürung der ultramontanen Gesinnung ausgebeutet werden wird, geht aus der Sprache hervor, welche die demokratische Centrumspresse angesicht's der bevorstehenden Entscheidung über das Jesuitengesetz geführt hat. Da wurde behauptet, dieses Gesetz verletze die staatliche Gleichberechtigung der Katholiken und enthalte eine Vergewaltigung der katholischen Kirche. Eine ruhige Hinnahme dieses Ausnahmegesetzes durch die deutschen Katholiken wäre die freiwillige Hinnahme einer den Protestanten untergeordneten Stellung im Reiche, eine Preisgebung der eigenen Gleichberechtigung und Freiheit, zumal bei uns auf der einen Seite eine fremde Nationalität, die Juden, die Gleichberechtigung besäßen und auf der anderen Seite die Gleichberechtigung an revolutionäre Parteien, die Sozialdemokraten und Anarchisten, zurückgegeben worden sei. Allerdings ist es bedauerlich, daß wir nicht ein ähnliches Ausnahmegesetz wie gegen die Pioniere der schwarzen Internationale, auch gegen die goldene und die rothe Internationale besitzen. Aber nicht minder gefährlich als die vaterlandslosen Juden, die Sozialdemokraten und die Anarchisten sind die Jesuiten, die, ganz wie die fortgeschrittenen Apostel der sozialen Revolutionspartei, den Fürstenmord als ein erlaubtes Kampfesmittel angesehen haben. Ein Jesuitenzögling war es, Ravaillac, der den König Heinrich IV. von Frankreich ermordete, weil er Protestant war. Im Jesuitenkolleg zu Paris war dieser Mörder abgebildet, wie er von Engeln zum Himmel getragen wird. Ein Jesuitenzögling, Gerhard, war es, der den Prinzen von Oranien ermordete, weil er Protestant war. Die Jesuiten erklärten diesen Königsmörder für einen Märtyrer. Der Jesuit Ballard lehrte seinen Schülern, wenn Ihr die protestantische Elisabeth von England tödtet, so ist es ebenso, als ob Ihr einen von Gott Verfluchten umbrächtet. Durch die Jesuiten wurden die Hugenottenkriege in Frankreich und der dreißigjährige Krieg in Deutschland entzündet. Der römische Legat Alexander schrieb 1521 aus Worms: Wir errichten in Deutschland eine Schlachtbank, auf welcher die Deutschen gegen ihre eigenen Eingeweide wühlen und in ihrem eigenen Blute ersticken sollen.

Die einstimmige Ablehnung der Aufhebung des Jesuitengesetzes wird die ultramontanen Führer also schwerlich sehr enttäuscht haben. Sie werden vielmehr recht zufrieden mit dem Zugeständnisse sein, das ihnen in der Annahme des bayerischen Antrages auf Zulassung der Redemptoristen gewährt worden ist. Bei der Entscheidung dieses Antrages handelte es sich um die Frage, ob die Redemptoristen zu denjenigen Orden gehören, die den Jesuiten verwandt sind. Nach dem Jesuitengesetz vom 4. Juli 1872 sollen nämlich nicht bloß der Jesuitenorden, sondern auch verwandte Orden und Kongregationen vom Gebiete des Reiches ausgeschlossen sein. Dem Bundesrathe war es überlassen worden, diejenigen Orden und Kongregationen zu bezeichnen, die dem Jesuitenorden verwandt und daher gleichfalls auszuschließen sind. Der Bundesrath stellte die Redemptoristen den Jesuiten gleich und verbot daher ihren Orden. Der verstorbene katholische Theologe Döllinger bestritt die Verwandtschaft. Auf sein Gutachten gestützt, reichte die bayerische Regierung vor 3 Jahren den Antrag auf Wiederzulassung der Redemptoristen beim Bundesrathe ein. Bis vor Kurzem waren die Aussichten desselben ungünstig. Noch in der letzten Landtagssession bemerkte der bayerische Kultusminister, daß im Bundesrathe keine Mehrheit für den Antrag vorhanden sei. Inzwischen ist ein Umschwung in der Auffassung eingetreten, wie dies die Annahme des bayerischen Antrages beweist. Man scheint sich der Ansicht Döllinger's angeschlossen zu haben, welcher meinte, ein wesentlicher Unterschied zwischen den Jesuiten und den Redemptoristen bestehe insofern, als diese der Obrigkeit des deutschen Episkopats unterständen, während jene eine internationale Genossenschaft unter auswärtiger Leitung seien. Auffällig bleibt es, daß sich der Bundesrath so schnell hat überzeugen lassen, daß er rechtlich nicht befugt gewesen sei, die Redemptoristen den Jesuiten gleichzustellen. Die Befürchtung liegt leider nur zu nahe, daß mit der Zulassung der Redemptoristen thatsächlich ein wesentliches Stück des Jesuitenordens preisgegeben worden ist. Nach den „B. N. N." hat man zu jeder Zeit seiner Entwickelung diese Kongregation für eine Spielart des Jesuitenordens angesehen. Die absolute Universalherrschaft des Papstes in kirchlichen und weltlichen Dingen ist eine der Grundlagen, auf denen beide Orden zusammenstehen. Die Ableugnung der Gleichberechtigung der Konfessionen, die Unterordnung der weltlichen unter die geistliche Macht und schließlich die skrupellose Ertödtung aller individualistischen Regungen zu Gunsten der Ordensmission sind in beiden Gesellschaften die vornehmsten, bedingungslosesten Grundsätze. Und was die „Verwandtschaft" am schlagendsten nachweist, die Thätigkeit der Redemptoristen besteht in der Abhaltung der von den Jesuiten erfundenen „Exerzitien" und „Volksmissionen". Dieses specifisch jesuitische Mittel zur Beeinflussung der Geister wird von den Redemptoristen gerade auf die niedrigsten und hilflosesten Elemente der Bevölkerung angewendet, was ihre Thätigkeit umso gefährlicher macht. Innerlich fest zusammengeschlossen, durch die bekannte Gehorsamstheorie verbunden mit Geheimhaltungs- und Ueberwachungssystemen, disziplinirt wie kein anderes Institut menschlicher Gemeinschaft, tritt die Kongregation der Redemptoristen denjenigen Menschenklassen gegenüber, die am wenigsten geeignet sind, durch Waffen der Bildung und des materiellen Vermögens Widerstand zu leisten. Der rector major, der Leiter der Kongregation, gilt als Stellvertreter Gottes, jede weltliche Autorität ist gegen die seinige bedeutungslos. Und wenn jetzt in klerikalen Blättern darauf hingewiesen wird, daß die Satzungen der Redemptoristen die Politik ausschließen, so haben sie wohl ganz vergessen, daß dieses Verbot politischer Bethätigung ausdrücklich auch in den Ordensregeln der Gesellschaft Jesu steht. Und wie haben die Jünger Loyola's dieses Verbot beherzigt! — Unbestreitbar ist für Jeden, der sich durch das untrügliche Zeugniß der Geschichte belehrt, daß die Redemptoristen schlechthin dieselbe Gefahr für deutsche Art und deutsches Leben darstellen wie die Gesellschaft Jesu und daß das Kompromiß in der Jesuitenfrage für Jeden, der sich nicht selbst belügt, doch einen Sieg des Klerikalismus bedeutet.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. Juli.

Berlin. Der Bundesrath hat gestern u. A. noch die Resolution des Reichstages zum Viehseuchengesetz dem Reichskanzler überwiesen und sich mit dem Abschluß eines Abkommens zwischen dem Reiche und Spanien wegen gegenseitiger Auslieferung von Deserteuren der Kriegsmarine einverstanden erklärt. — Der Entwurf einer neuen Verordnung betr. die Kautionen der bei der Militär- und Marineverwaltung angestellten Beamten wurde angenommen. — Der Herrenmeister des Johanniterordens, Prinz Albrecht von Preußen, hat u. A. nachgenannten Ehrenrittern des Johanniterordens am 26. Juni in der Ordenskirche zu Sonnenburg den Ritterschlag und die Investitur ertheilt: Dem Königl. sächsischen Kammerherrn Ludwig Graf v. Zech-Burkersrode auf Börln bei Dahlen, dem Königl. Staats- und Kultusminister Paul v. Seydewitz zu Dresden und dem Landesbestallten des sächsischen Markgrafenthums der Oberlausitz Graf und Edlen Herrn zur Lippe-Biesterfeld-Weißenfels auf Baruth.

Berlin. Die offiziöse „Norddeutsche" schreibt: Es wird in der Presse behauptet, das Reichsschatzamt habe versucht, den Zweck der Erhebungen über die Tabakindustrie zu verschleiern. Offenbar beruht dieser Angriff auf Preßerkundigungen, die irrthümlicher Weise auf amtliche Urheberschaft zurückgeführt werden, obgleich dieselben sichtlich aller sachlichen Information entbehren. Im Reichstage und in der Kommission desselben ist der Wunsch hervorgetreten, die Verhältnisse der Tabakindustrie und ihre soziale Bedeutung näher zu erörtern. Von den Vertretern der Reichsregierung ist augenblicklich zugesagt, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. In der Sitzung der Budgetkommission am 16. April d. J. hat der Vertreter der Reichsregierung bei Erörterung des Bedarfs neuer Mittel laut den Drucksachen des Reichstages erklärt: „Hierbei wird nach Auffassung der verbündeten Regierungen insbesondere auf eine stärkere Belastung des Tabak nicht verzichtet werden können." Der Zweck der Erhebungen konnte also nicht zweifelhaft sein und ist in dem an die Bundesregierungen gerichteten Ansuchen, die für die Lage der Tabaksindustrie wesentlichen statistischen Erhebungen zu veranlassen, besonders hervorgehoben. Der Vorwurf künstlicher Verschleierung ist hiernach durch keine auf die Reichsfinanzverwaltung zurückzuführenden Thatsachen gegründet und es dürfte die Industrie dringendes sachliches Interesse haben, zu einer richtigen Beantwortung der gestellten Fragen nach Kräften beizutragen.

Berlin. In Hannover wurde heute der 70. Geburtstag Rudolf v. Bennigsen's gefeiert. Die Feier wurde gestern Abend durch einen Commers eingeleitet, zu dem Mitglieder der nationalliberalen Partei aus allen Theilen Deutschlands erschienen waren. Der Commers wurde von Dr. Raydt mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet, worauf Staatsminister a. D. Hobrecht die Verdienste Bennigsen's um das deutsche Vaterland im Allgemeinen und die nationalliberale Partei im Besonderen pries. Herr v. Bennigsen dankte in einer längeren Rede, in der er hervorhob, daß das, was in Deutschland erreicht, zum großen Theile der nationalliberalen Partei zu danken sei, die auch der Altreichskanzler als einen der bedeutendsten Faktoren bei der Gründung des Reiches anerkannt habe. Im weiteren Verlaufe des Abends wurde folgendes Ergebenheitstelegramm an den Kaiser abgesandt: „Ew. Majestät bitten die hier in Hannover zur Feier des 70. Geburtstages des Oberpräsidenten v. Bennigsen aus allen Gauen Deutschlands versammelten Mitglieder der nationalliberalen Partei in alter Liebe und Treue zu Kaiser und Reich ihre tiefste Ehrfurcht und Hingebung ausdrücken zu dürfen." Gleichzeitig wurde an Fürst Bismarck folgende Dankdepesche abgeschickt: „Bei den zur Feier des 70. Geburtstages des Oberpräsidenten v. Bennigsen versammelten Parteigenossen und Verehrern desselben erneuert sich das Gedächtniß an die Gründung und den Ausbau des Reiches und die dabei wirksamen Kräfte in vollendeter Stärke. Es drängt sie deshalb, dem Altreichskanzler als dem großen Führer der Nation zu herrlichen Zielen den Ausdruck ihrer unauslöschlichen Dankbarkeit darzubringen." Heute empfing Herr v. Bennigsen zahlreiche Deputationen. Minister Hobrecht begrüßte den Jubilar Namens der nationalliberalen Partei und überreichte eine Adresse des Parteivorstandes. Gleichzeitig wurde dem Jubilar als Geschenk von der nationalliberalen Partei ein Ehrenschrein aus Ebenholz mit Silber- und Emailleeinlagen, ferner sechs silberne Leuchter überreicht. Später wurden Adressen der Partei, der Provinz, sowie des Reichstagswahlkreises dargebracht. Finanzminister Dr. Miquel beglückwünschte den Jubilar als Freund und Privatmann. Unter den Gratulationsdepeschen befanden sich u. A. Glückwünsche von dem Großherzog von Baden und dem Herzog von Sachsen-Koburg. Zwei Militärkapellen, sowie der Domchor brachten ein Ständchen dar.

Leipzig. Das Reichsgericht hat die von dem Abgeordneten Ahlwardt gegen das Urtheil der 2. Strafkammer des Berliner Landgerichts eingelegte Revision verworfen; Ahlwardt war durch dasselbe wegen Beleidigung des preußischen Beamtenstandes, begangen in einer zu Essen gehaltenen Rede, zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Wiesbaden. Die Strafkammer verhandelte heute abermals gegen einen Anarchisten, den böhmischen Schneider Florian. Als derselbe Nachts lärmte und von einem Schutzmann zur Ruhe verwiesen wurde, schrie er diesen an: „Hier wohnen meine Freunde. Es lebe die Anarchie!" und widersetzte sich der Verhaftung, indem er rief: „Ihr wollt uns regieren, wir regieren Euch. Es wird nicht lange mehr dauern, dann wird die Polizei in die Luft gesprengt." Das Gericht verurtheilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängniß und 3 Wochen Haft.

Oppeln. Eine gewaltige Feuersbrunst äscherte in Friedrichsgrätz 22 Besitzungen ein. Das Feuer war durch 2 Kinder angelegt worden. Viele Personen konnten nur das nackte Leben noch retten.

Thorn. Die Nachricht von der Haftentlassung des Obersekundaner Szuolz, welcher unter der Anklage des Landesverraths und der Majestätsbeleidigung sich in Thorn in Untersuchungshaft befindet, ist falsch. Die Untersuchung ist abgeschlossen und das Material bereits dem Reichsgerichte vorgelegt.

Danzig. Der Kaiser hat auf die Einladung des westpreußischen Provinzialausschusses zu einer Festlichkeit in Danzig gelegentlich des Kaisermanövers durch sein Civilkabinet erwiedern lassen, daß er die Einladung mit herzlichem Danke ablehne, da der Monarch bei der gedrückten wirthschaftlichen Lage der Ostprovinzen keine besonderen Aufwendungen anläßlich des Manöverbesuches wünsche.

Bromberg. Der Regierungsreferendar v. Türck ist wegen Zweikampf zu 6 Monaten Festung verurtheilt worden. Er hatte sich am 24. März mit dem Rittergutsbesitzer Steichert duellirt. Steichert blieb unverletzt, während v. Türck durch einen Schuß in beide Oberschenkel schwer verletzt wurde. Wie in der Verhandlung erwähnt wurde, war Steichert als Landwehroffizier vom Militärgericht zu 3 Monaten Festung verurtheilt, welche Strafe im Gnadenwege in 14 Tage Stubenarrest umgewandelt worden ist.

Elberfeld. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den Volksschullehrer Horwinsky aus Barmen wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Schulkindern, zu 8 Jahren Zuchthaus.

Wien. In der Ausstellung zu Lemberg fand die Explosion eines Photographen-Automaten infolge einer unvorsichtigen Manipulation mit Collodium und Aetheröl statt. Der Gehilfe, ein Berliner, hatte durch eine brennende Cigarette die Explosion verursacht und wurde furchtbar verwundet, die Arme sind abgerissen, die Augenhöhlen ausgebrannt, der Körper mit Brandwunden bedeckt.

Pest. In der Cementfabrik Neustift bei Alt-Ofen fanden gestern Arbeiterunruhen statt, weil die ungarischen Arbeiter die dort beschäftigten Slowaken nicht dulden wollten. Die ungarischen Arbeiter bombardirten die Fabrik mit Steinen, wobei ein 12jähriger Knabe sehr schwer verwundet wurde; außerdem wurde von den Arbeitern der Versuch gemacht, die Fabrik anzuzünden. Erst nach energischem Einschreiten einer starken Polizeimacht konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Kaschau. Ein aus Galizien zugereister Mann starb hier unter choleraverdächtigen Symptomen.

Paris. Die Polizei glaubt auf der Spur eines neuen anarchistischen Komplots zu sein, welches in einem kleinen Dorfe an der spanischen Grenze von 3 Anarchisten, 1 Italiener und 2 Spaniern, gegen das Leben Casimir Périer's geplant ist. Die Verschworenen sollen beschlossen haben, Casimir Périer in gleicher Weise zu tödten wie Caserio den Präsidenten Carnot.

* **Paris.** Nach einer Meldung des „Temps" aus Madrid wurde in Junquera ein Anarchist verhaftet, welcher der Theilnahme an einem Komplot gegen den Präsidenten Casimir Périer verdächtig ist.

Paris. Aus Calais wird gemeldet, daß auf der Strecke Calais-Dünkirchen ein Zusammenstoß von zwei Eisenbahnzügen stattgefunden hat, wobei 22 Personen, darunter 6 schwer, verwundet wurden.

Lyon. Der gelegentlich der Unruhen vom 25. und 26. Juni verhaftete Direktor des „Journal du Peuple" wurde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Toulon. Der Schaden bei dem Brande des Marine-Arsenals wird auf mehrere Millionen geschätzt. Die Maschinenabtheilung und die Monteurwerkstatt sind fast völlig zerstört. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt. Verwundet wurde, entgegen früherer Meldung, Niemand.

Rom. Der Papst arbeitet eine Encyklika aus, welche an alle Regierungen Europas gerichtet ist und in welcher er dieselben auffordert, gegen die Anarchisten die strengsten Maßregeln zu ergreifen. — Heute beginnt in der Kammer die Generaldebatte über das von Crispi gegen die Anarchisten eingebrachte Ausnahmegesetz. Die ganze äußerste Linke ist gegen die Vorlage. 32 Redner sind angemeldet und 15 Tagesordnungen eingebracht. Die Diskussion dauert voraussichtlich bis nächsten Sonnabend.

Stockholm. Bei den gestern an Bord des Passagierdampfers „Döbeln" konstatirten 5 Cholerafällen handelt es sich um Erkrankungs-, nicht um Todesfälle. Das Schiff wird morgen desinficirt und nach fünftägiger Quarantäne freigegeben werden. In Finnland sind zwei Erkrankungen an Cholera vorgekommen, von denen eine tödtlich verlief.

Friedrich & Glöckner empfehlen streichfertige Oel- und Lackfarben, Schnelltrocken-Firnisse, ausgewogen nur in unseren Detail-Geschäften Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.